Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1902

289 (24.6.1902) Abendblatt

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
In Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 80 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mark, durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion
4—6 Uhr.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der „Badischen Landeszeitung", Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.

Nr. 289. Karlsruhe, Dienstag, 24. Juni 1902. Abendblatt

Politische Uebersicht.

Karlsruhe, 24. Juni.

Bayern und die gemischte Schule.

Die Stadtgemeinde Weißenburg steht vor nachfolgender ihr am 18. Juni von der Regierung von Mittelfranken zugestellten Entschließung:

Der Stadtmagistrat Weißenburg a. S. hat auf Grund von Beschlüssen der städtischen Kollegien unterm 2. April l. J. den Antrag gestellt, die Umwandlung der protestantischen Konfessionsschule in Weißenburg in eine konfessionell gemischte (Simultan-)Schule zu genehmigen. Für die Bescheidung dieses Antrages sind die Bestimmungen der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 26. August 1883, die Errichtung von Volksschulen und die Bildung der Schulsprengel betr., maßgebend. Nach § 7 Abs. 1 dieser Verordnung sind die Volksschulen regelmäßig konfessionelle Schulen; ausnahmsweise können jedoch in außerordentlichen, durch zwingende Verhältnisse bedingten Fällen konfessionell getrennte christliche Volksschulen einer Gemeinde auf Antrag der Gemeindebehörde in konfessionell gemischte Schulen umgewandelt werden. Es ist demnach die Frage zu untersuchen, ob in Weißenburg ein außerordentlicher, durch zwingende Verhältnisse bedingter Fall vorliegt, welcher eine Ausnahme von der Regel der konfessionellen Schule rechtfertigt. Diese Frage muß verneint werden. Was zunächst die finanzielle Lage der Stadt Weißenburg betrifft, so wird davon nicht die Rede sein können, daß die finanziellen Verhältnisse dieser Gemeinde zur Errichtung von Simultanschulen anstatt einer etwaigen katholischen Konfessionsschule zwingen, umso weniger, als die Stadtgemeinde Weißenburg auch im Falle der Umwandlung der protestantischen Volksschule in eine konfessionell gemischte Schule voraussichtlich in absehbarer Zeit zufolge der Belastung der unteren Klassen neue Schulklassen wird errichten und eventuell, wie in dem magistratischen Berichte vom 2. April l. J. selbst hervorgehoben ist, ein neues Schulhaus wird erbauen müssen. Ob nicht die beantragte Umwandlung der Schule dem Unterrichtsinteresse mehr entsprechen würde, als die etwaige Errichtung einer katholischen Konfessionsschule, kann dahingestellt bleiben, da diese Frage angesichts der im angeführten Absatz 1 festgesetzten Voraussetzungen für die Genehmigung der Umwandlung konfessioneller Schulen in konfessionell gemischte nicht ausschlaggebend ist. Ebenso wenig bildet einen zwingenden Grund für diese Umwandlung die Annahme des Stadtmagistrates, das bisherige friedliche Verhältnis und Einvernehmen der Angehörigen beider Konfessionen in Weißenburg werde durch die fortbestehende Nichttrennung beider Konfessionen in der Schule sicherer erhalten werden können, eine Annahme, welche zu teilen die kgl. Regierung übrigens keinen Anlaß zu finden vermag. Mangels der Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 a. a. O. ist die kgl. Regierung nach Einvernehmen der kirchlichen Oberbehörden daher nicht in der Lage, dem eingangs erwähnten Antrage stattzugeben. Gemäß § 14 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 26. August 1883 steht dem Stadtmagistrate Weißenburg das Recht der Beschwerdeführung gegen vorstehende Entschließung an das kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten innerhalb einer unerstrecklichen Frist von 14 Tagen zu.

Die von der Regierung beanstandete Entschließung der Stadtvertretung der Stadt Weißenburg war der „Allg. Ztg." zufolge einstimmig erfolgt. Die Entschließung ist weiter mit Gründen belegt worden, die für die Errichtung einer Simultanschule für durchschlagend erachtet werden müssen. Die Stadtvertretung von Weißenburg hat daher alle Ursache, sich mit der Auffassung der königlichen Regierung von Mittelfranken nicht zu begnügen, sondern alle Instanzen zu erschöpfen. Das genannte Münchener Blatt erklärt sich nach dem bisher vorliegenden Material außer Stande, von dem Beschlusse der Regierung für Mittelfranken eine Brücke zu der Interpretation zu schlagen, die der Ministerpräsident Dr. Graf v. Crailsheim als die Auffassung auch der gesammten Staatsregierung in der Zweiten Kammer am 13. Juni also umschrieben hat:

Artikel 5 Absatz 3 will die Verordnung vom Jahre 1883, auf deren Boden das Staatsministerium steht, weder aufheben noch einschränken. Eine Simultanschule soll nur dann errichtet werden können, wenn besondere Voraussetzungen vorliegen und die Gemeinde eine solche Einrichtung verlangt. Die Regierung kann diese niemals verlangen, aber die Gemeinde kann auf den Wunsch der Regierung nach Errichtung einer Konfessionsschule antworten, sie wolle eine Simultanschule errichten. Der Antrag Würzburg hatte ausdrücklich den Zweck, klarzustellen, daß ein Ausschluß der Simultanschule nicht beabsichtigt sei.

Diese Interpretation verstärkte der Ministerpräsident einige Sätze weiter durch die Zusicherung, die die gegenwärtige Regierung dahin bindet: daß bei Errichtung von Simultanschulen eine Abweisung nicht erfolgen werde. Mit begreiflichem Interesse wird man abwarten, wie im Falle der Stadt Weißenburg die Ministerialentschließung ausfallen wird.

Nochmals die Reichsfinanz-Sorgen.

Das soeben in seinem 23. Jahrgang erschienene Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt, enthält unter anderen wichtigen Abschnitten auch einen solchen über das Finanzwesen des Reiches. Die Matrikularbeiträge der Bundesstaaten sind danach in den letzten fünf Jahren, in 1000 M. berechnet, angewachsen von 454 858,8 in 1898, auf 489 953,8 in 1899, 527 662,4 in 1900, 570 933,0 in 1901, auf 580 639,8 in 1902. Das giebt der „Nat.-Lib. Corr." Anlaß zu folgenden, den kürzlich von uns wiedergegebenen Mayr'schen Ansichten entsprechenden Ausführungen: Keine der positiven Parteien wird umhin können, bei der Vorbereitung der Arbeit für die nächsten Wahlen Stellung zu nehmen zu der Frage, wie den wachsenden Schwierigkeiten, die aus der Gestaltung der Finanzverhältnisse im Reiche und in den Einzelstaaten sich ergeben, am besten zu begegnen sei. Soweit in dem letzten Arbeitsabschnitt des Reichstags die Frage berührt wurde, ergab sich nur in der Hinsicht vollkommene Klarheit, als von zuständiger Seite wiederholt der Gedanke der Einführung einer Reichseinkommensteuer bestimmt abgewiesen wurde. Er ist in einem föderativen Staatensystem nicht zu verwirklichen. Wer an ihm festhält, bekundet, daß er die föderative Grundlage der deutschen Reichszustände zerstören oder aber sich um die Verpflichtung drücken will, andere Vorschläge zur Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches zu machen oder zu solchen, welche beispielsweise vom preußischen Finanzministerium wie vom Reichsschatzsekretär weniger gemacht als angedeutet wurden, sich anders als ausweichend zu äußern. Das Bemühen um die Erschließung solcher Einnahmequellen für das Reich, welche einerseits möglichst ergiebig sich erweisen und andererseits möglichst wenig tief in die Lebenshaltung der minder bemittelten Volksklassen einschneiden, hat schon vor der Neubegründung des Reiches eine der am drückendsten empfundenen Sorgen der die deutsche Einheit mit vorbereitenden Parlamente, des Norddeutschen Bundestags und des Zollparlaments gebildet. Im Deutschen Reichstag hat sich dann wiederholt dies gezeigt: je länger die Parteien einer praktischen Entschließung sich versagten, weil sie das Odium neuer Steuern oder Zölle nicht auf sich nehmen wollten, umso empfindlicher machte sich dies später im Wahlkampf geltend. Das wird aber wohl auch ferner so bleiben. Je mehr alle Erfahrungen, die in dieser Beziehung gemacht wurden, dazu mahnen, das Durchkommen zwischen Scylla und Charybdis nicht als eine Sache zu betrachten, die man auf die leichte Schulter nehmen könne, um so ernster sollten alle positiven Parteien des Reichstags auch darauf bedacht sein, an das Zustandebringen des Zolltarifs so viel ehrliche Kraft zu setzen, als sie irgend aufbieten können. Insonderheit durch die Annahme der agrarischen Zölle in der von den Verbündeten Regierungen vorgesehenen Höhe würde die Aussicht sich verstärken, daß das Suchen nach anderweiten Mitteln für die Deckung notwendigster Reichsausgaben in den nächsten Jahren minder störend auf weite Erwerbskreise und auf die Entwicklung der positiven Parteien bleiben könnte. Es ist uns durchaus nicht unbekannt, daß das Interesse der Reichskasse bei der Neugestaltung des Zolltarifs keineswegs in erster Linie ausschlaggebend ist. Je schwieriger es aber mit der Zeit geworden ist, neue Steuern ausfindig zu machen — das Zustandekommen des Schaumweinsteuergesetzes war doch gewiß nicht leicht — um so mehr sollte auch die Rücksichtnahme auf den Stand der Reichsfinanzen mitbestimmend dafür werden, daß der Zolltarif nicht im Orkus verschwindet.

Der neue preußische Eisenbahnminister

General Budde hat, der „Köln. Ztg." zufolge, am 15. November vorigen Jahres sein fünfzigstes Lebensjahr vollendet. Er ist in Bensberg geboren, wo er in dem Kadettenhause seinen ersten Unterricht erhalten hat. Als Sekondeleutnant im 1. Hessischen Infanterie-Regiment Nr. 81 machte er den ersten Teil des französischen Krieges mit, zeichnete sich bei der Einschließung von Metz und in der Schlacht von Noiseville aus und wurde hier am 1. September durch einen Schuß in die rechte Brust schwer verwundet. Das Eiserne Kreuz wurde ihm für seine Tapferkeit zu Teil. Schon auf der Kriegsakademie wandte er sich mit Vorliebe Eisenbahnstudien zu; sein Schlußvortrag handelte von der „militärischen Ausnutzung der Eisenbahnen im Kriege 1870/71" und fand so große Anerkennung, daß sein Lehrer, General Blume, den Vortrag dem Feldmarschall Grafen Moltke überreichte. Ein Jahr darauf, 1877, gab der junge Offizier eine vielbeachtete Schrift über „die französischen Eisenbahnen im Kriege 1870/71 und ihre seitherige Entwicklung in militärischer Hinsicht" heraus; Feldmarschall Graf Moltke überreichte dafür dem Verfasser, der inzwischen zur Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabes kommandiert worden war, persönlich den Roten Adlerorden 4. Klasse. Auch die kleine anregende Festschrift „Zur Erinnerungsfeier der Kriegsveteranen des Feldeisenbahnwesens im deutsch-französischen Kriege 1870/71, am 10. Mai 1896" rührt von Budde her. Den größten Teil seiner militärischen Laufbahn hatte Budde beim Generalstabe zugebracht, zunächst von 1878 bis 1892, darunter von März 1890 bis September 1891 als Generalstabsoffizier bei der 14. Infanterie-Division in Düsseldorf. Dann kehrte er für kurze Zeit in die Front zurück, zunächst als Bataillonskommandeur im 3. oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 62 in Kosel, dann als etatsmäßiger Stabsoffizier im Grenadier-Regiment Kronprinz Friedrich Wilhelm (2. Schlesisches) Nr. 11 in Breslau: im September 1895 wurde er wieder in den Großen Generalstab versetzt und wenige Monate darauf zum Chef der Eisenbahnabteilung ernannt; in dieser Stellung ist er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Heeresdienst, Anfangs Januar 1901, verblieben. Von dieser ganzen im Generalstab zugebrachten Zeit fallen nicht weniger als 14 Jahre auf den Dienst in der Eisenbahnabteilung. Budde hat mehrere Kommandos bei verschiedenen deutschen Eisenbahndirektionen gehabt und hat Gesetzesvorlagen in Eisenbahnangelegenheiten wiederholt im Reichstag vertreten. Wie er an allen kommissarischen Beratungen über einheitliche Betriebs-Reglements im Reichseisenbahnamt teilgenommen und besonders auch die neue Militär-Eisenbahnordnung bearbeitet hat, so hat er auch als Kommissar der Militärverwaltung bei Beratung des neuen Militärtarifs sehr eingehende vergleichende Studien niedergelegt über die Entwickelung der Personen- und Gütertarife der Eisenbahnen seit 1870; auf Grund seiner Studien und seiner Anregung hat die Militärverwaltung ihre weitgehenden Vorschläge auf Minderung der Sätze des Militärtarifs im Widerspruch gegen Finanz- und Arbeits-Ministerium schließlich durchgesetzt. Schon hieraus geht hervor, daß Minister Budde auf dem schwierigen und verwickelten Gebiete des Tarifwesens kein Neuling ist. Hat schon die umfassende Thätigkeit im militärischen Eisenbahndienst Herrn Budde in enge Beziehungen zu den Eisenbahnverwaltungen und den verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden gebracht, hat sie ihm des Oefteren Gelegenheit geboten, als Regierungskommissar in den Kommissionen des Reichstags und des Landtags thätig zu sein, und sich eine bedeutende Personalkenntnis namentlich in Bezug auf zahlreiche höhere Eisenbahnbeamte zu verschaffen, so hat er diese Kenntnisse und Erfahrungen durch ausgedehnte Reisen im In- und Auslande vertieft und ergänzt. In Erinnerung ist noch sein kräftiges Eintreten im Auftrage des Chefs des Generalstabes, Grafen Schlieffen, für das Zustandekommen des Rhein-Weser-Elbekanals im preußischen Abgeordnetenhause. Alle Freunde des Ausbaues künstlicher Wasserstraßen werden seine Berufung an die Spitze des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten deshalb mit Freude begrüßen; denn sie können vertrauen, daß er alle Kräfte anspannen wird, um das vertrauensvolle Wort seines Vorgängers v. Thielen „Gebaut wird er doch" wahr zu machen. Als Generalmajor Budde vor anderthalb Jahren aus dem Heeresdienst ausschied, um die wichtige Thätigkeit als Generaldirektor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken anzutreten, nahm man an, daß bei ihm die Erwägung den Ausschlag gegeben habe, daß Budde, der dem Frontdienst längere Zeit entwöhnt war, im Eisenbahndienst des Generalstabes die höchste Stelle erreicht hatte. Jetzt stellt sich heraus, daß auch dieser Privatdienst eine neue, sehr nützliche Vorbereitungszeit für seine Ministerstellung geworden ist, denn in dieser verantwortungsreichen privaten Thätigkeit, in die er sich schnell eingearbeitet hat, hatte er die beste Gelegenheit, den Großhandel in allen Weltteilen und mit allen Staaten, den großen Geldverkehr mit den Banken, den Dienst in den Fabriken kennen zu lernen, zumal er sich rasch so großes Vertrauen erworben hatte, daß ihm mehrere Aufsichtsratsstellen in andern großen Firmen übertragen wurden.

Verschiedenes.

* **Wesel und die preußischen Könige.** Die „Köln. Ztg." frischt folgende alte Erinnerung auf: „Niemals wird ein Preußenkönig die Stadt Wesel betreten!", so lautet ein alter Satz am Niederrhein. Dieser Glaube geht zurück auf den so oft erzählten Schreckensauftritt des Jahres 1730, bei dem einer der größten Hohenzollern den berühmtesten seines Geschlechts mit dem Degen zu durchbohren drohte. Der spätere Friedrich der Große hatte als Kronprinz den bekannten Fluchtversuch gemacht. Als Vater, König und Soldat aufs höchste gereizt, hatte Friedrich Wilhelm I. schon seinen Degen gezückt; ein furchtloser General warf sich zwischen ihn und seinen Sohn, brachte den König zur Besinnung und rettete für Preußen und für Deutschland das unschätzbare Leben. Aber „niemals wieder wird ein Preußenkönig die Stadt Wesel betreten!", das ist ein Glaubenssatz seitdem am preußischen Niederrhein. Und in der That schien die Geschichte diesen Glauben bestätigen zu wollen. Kein König von Preußen hat jemals mehr seine treue Stadt Wesel besucht. In frischer Erinnerung ists, wie noch vor wenigen Jahren unser Kaiser bei der Einweihung der Willibrordi-Kirche den Weselanern seinen Besuch zugesagt hatte, aber sich schließlich doch wie bei allen damaligen Festen am Niederrhein durch die Kaiserin und den Prinzen Heinrich hat vertreten lassen müssen. Jetzt hatte Wesel wiederum sich zu rüsten begonnen, seinen Kaiser und König würdig zu empfangen, wiederum wurde mit bangem Zweifel das prophetische Wort besprochen. Aber Kaiser Wilhelm hat den Bann zerbrochen.

* **Ueber Londons Vorbereitungen zur Krönung** wird der „Frankf. Ztg." berichtet: Die Straßen, durch die sich am Donnerstag und Freitag der Festzug bewegen wird, waren gestern und heute bei schönem, zum Teile schwülem Wetter von Tausenden von Menschen belebt, die die Dekorationen sehen wollten. Die Omnibus, die diese Straßen durchfahren, haben ihre Fahrpreise verdoppelt und verdreifacht, weil die Sitze oben auf den Wagen als wandelnde Tribünen benutzt werden. Bei regelmäßigen Passagieren erregt die Fahrpreiserhöhung großen Unwillen. Sonntag waren manche Hauptstraßen noch so wenig dekoriert, daß man sich fragen mußte, wozu die Menge sich durch die Straßen bewegt. Heute ist man überall an der Arbeit und Straßen und Häuser fangen an, sich wirklich zu schmücken. Die großen Klubs im Westende haben zuerst ihren Fassadenschmuck angelegt. Die St. James Street ist ganz mit Guirlanden überspannt, die mitten über der Straße durch auf Kissen ruhende Kronen verknüpft sind. Die Westminster-Brücke trägt die Büsten englischer Könige. Victoria und Elisabeth sind einander gegenübergestellt. Am Strand ist die mit farbigem Tuche ausgeschlagene Tribüne des Savoy-Hotel immer noch das beste Dekorationsstück. Der City merkt man es an, daß die Dekoration der Straßen von einer Behörde einheitlich geplant ist. Wo mit der Fleet Street die City beginnt, ist an Stelle des ehemaligen Temple Bar ein zweiteiliges Thor errichtet. Vor diesem Thore wird der König halten und die Huldigung des Lord Mayor und der City-Väter empfangen, zur Erinnerung an das alte Privileg, daß kein König und kein königliches Militär in die City eintreten darf, ohne Erlaubnis des Lord Mayors. Die City hat viele schöne Einzeldekorationen. Der Ludgate Circus wird von schweren Guirlanden überspannt, die in der Mitte eine Krone tragen. Maste mit Löwen an den Postamenten halten diese Guirlanden und die Banner der Kolonien flattern von den Masten. Das hohe Postament des Denkmals Wilhelms IV. wird ganz in ein Friedensmonument umgewandelt, das sehr geschmackvoll entworfen ist. Die hohe Säule des Monuments erhält riesige Guirlanden, die das Kapitäl der Säule mit den Gesimsen der benachbarten Häuser verbinden. Die Bank von England zeichnet sich durch ihre reiche Illuminationseinrichtung aus. Die Illuminationskörper bestehen aus lauter kleinen Glasstückchen; dahinter brennen 30 000 Gasflammen. Die neue riesige Fassade der Birkbeck Bank in High Holborn ist mit einer Masse von roten Celluloidballen dekoriert, in denen elektrische Glühlampen angebracht sind. Beim Errichten von Tribünen und Anbringen von Dekorationen sind mehrere Unglücksfälle passiert. Ein Mann, der auf dem Dache einer Kirche den Fahnenstock anbringen wollte, stürzte in die Kirche hinein und war sofort tot.

* **Die Deutsche Gesellschaft für Volksbäder** versendet soeben einen ausführlichen Bericht über die Ende Mai in Weimar abgehaltene Hauptversammlung. Das stattliche, etwa zehn Bogen starke Heft giebt den allseitig mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag des Landgerichtsrat Dr. Aschrott über die Versorgung kleiner und mittlerer Gemeinden mit Brausebädern und die sich daranschließende, namentlich von Delegierten der Städte geführte Diskussion ausführlich wieder. Wie denn überhaupt aus der Entsendung zahlreicher Gemeindevertreter die lebhafte Anteilnahme hervorgeht, welche die kommunalen Verwaltungen den Arbeiten der Gesellschaft zuwenden. Ein wertvolles Material liefern die umfassenden Ausarbeitungen von Stadtbaurat Peters-Magdeburg und Landesingenieur Oslender-Düsseldorf über die Grundsätze für Bauanlage und Errichtung von Volksbadeanstalten. In denselben sind sämtliche Gesichtspunkte enthalten, die für die Neu-Errichtung von öffentlichen Badeanstalten maßgebend erscheinen dürften. Auch viele andere Anregungen, wie über die erziehliche Bedeutung des Badewesens (von Stabsarzt Dr. Krebs), über die Heranziehung der Frauen zur Volksbäderfrage, die Beteiligung der Arbeiterkreise, Kassen und Landesversicherungsanstalten, die Bedeutung der gedeckten Hallenschwimmbäder, die Verunreinigung der Bäder in Flußläufen, die Frage der Hausbäder, sind in dieser Veröffentlichung zur Besprechung gebracht. Außerdem gelangten sämtliche im Laufe des Jahres bekannt gewordenen Mitteilungen über Planung, Einrichtung und Betrieb von Volksbädern im Deutschen Reiche in Form einer fortlaufenden Chronik des Badewesens zum Abdruck. — Hiermit schließt der erste Band der Gesellschaftsberichte, welcher, mit zahlreichen Abbildungen, technischen und allgemeinen Mitteilungen ausgestattet, ein anschauliches Bild der dem Gemeinwohl dienenden Thätigkeit dieser Gesellschaft gewährt. Das im Verlage von A. Hirschwald, Berlin NW., erschienene Buch bringt auch die preisgekrönten Ergebnisse der Wettbewerbe zur Erlangung von Entwürfen für Volksbäder und von Vorträgen über den gleichen Gegenstand und bietet somit für Architekten, Ingenieure und Volksredner einen reichen sachlichen Stoff. — Den Mitgliedern werden die Veröffentlichungen der Gesellschaft laufend und unentgeltlich zugestellt. Da dieselben sich von Jahr zu Jahr mehren, dürfte eines Tages der Wahlspruch der Gesellschaft zur Wahrheit werden: „Jedem Deutschen wöchentlich ein Bad."

Kunst, Wissenschaft und Litteratur.

B. **Die Karlsruher Kunstgenossenschaft** hat, wie dies seit einer Reihe von Jahren regelmäßig geschieht, sich auch in diesem Jahre korporativ an der großen Kunstausstellung im Königl. Glaspalast zu München beteiligt, welche am 1. Juni durch den Prinz-Regenten Luitpold in Gegenwart der königlichen Prinzen und

Badischer Landtag.

111. Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 24. Juni.

Am Ministertisch: Minister Dr. Schenkel, Oberbaudirektor Geheimerat Honsell. Später Finanzminister Dr. Buchenberger, Staatsrat Dr. Reinhard.

Präsident **Gönner** eröffnet die Sitzung um ¾10 Uhr.

Eingegangen ist eine Petition betr. Erhaltung der alten Kreisstraße als Zufahrtsstraße zum Güterbahnhof in Kirchheim.

1. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Nachtrag zum Spezialbudget des Ministeriums des Innern für die Jahre 1902 und 1903. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. II. B. § 1. Rheinregulierung zwischen Sondernheim und Straßburg.

Abg. **Dreesbach** (Soz.) hat das Schlußwort zu dem von ihm gestellten Antrag. Er weist zunächst den Vorwurf zurück, als ob er und seine Partei lediglich mit der Stange im Nebel der Internationalität herumfahren, sie besäßen auch Patriotismus, allerdings nicht in dem Sinne, wie Diejenigen, die den Patriotismus in Erbpacht genommen zu haben glauben. Wir sind durchaus nicht dagegen, daß der Schiffsverkehr auf dem ganzen Rhein durchgeführt und überhaupt der Verkehr erschlossen wird, wenn wir auch nicht so verrannt sind, von den Tarifen alles Heil zu erwarten. (Heiterkeit.) Wenn die Rheinregulierung vom gesamten Deutschen Reich ausgeführt würde, so hätte ich nichts dagegen, auch wenn wir uns mit an den Kosten beteiligten. Allein die Begründung der Vorlage von Seiten der Regierung giebt mir zu starken Bedenken Anlaß. Das Gelingen des Projektes ist mir auch zweifelhaft und ich kann daher für die Vorlage in der vorliegenden Form nicht stimmen. Als Mitglied des Reichstags und der Zolltarifkommission habe ich dafür gewirkt, daß am ganzen Rhein und am Bodensee die gemischten Transitlager bestehen bleiben beziehungsweise neu errichtet werden sollen. Wenn ich gesagt habe, Kehl werde keine Transitlager erhalten, so war das kein Wunsch von mir, sondern das Aussprechen einer Thatsache, an deren Eintreten ich nach der Stellungnahme der Reichsregierung keinen Zweifel habe. In der Zolltarifkommission haben die Mitglieder des Centrums und der Nationalliberalen Partei gegen die Transitläger gestimmt, ausgenommen der Kollege Blankenhorn und der Abg. Hergt. Wenn der Minister gestern meinte, ich hätte mit meiner Bemerkung, wir seien bei dem Vertrag übers Ohr gehauen worden, die elsaß-lothringische Regierung geradezu beleidigt, so möchte ich nur erwidern: Ich bin nicht gewählt und hierher gesandt worden, um dem Minister oder der elsaß-lothringischen Verwaltung Schmeicheleien zu sagen, sondern um meiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Ich glaube, es wäre richtig und konsequent, meinen Antrag anzunehmen; damit wird kein Urteil gesprochen, es ist nur ein Abwarten, bis die Bedingungen erfüllt sind, die die Kommission selbst im Interesse der badischen Bahnen und der Stadt Mannheim zum Ausdruck gebracht hat. Wenn ich so sehr für Mannheim eingetreten bin, so that ich das, weil eine Schädigung Mannheims gleichbedeutend ist mit einer Schädigung des ganzen Landes. Man hat gestern auf das Millionengrab in Mannheim angespielt, es ist richtig, daß der Mannheimer Hafen viele Millionen verschlungen hat, diese Anlagen erfolgten aber im wohlverstandenen Interesse nicht nur der Stadt Mannheim, sondern des ganzen Landes. (Sehr richtig!) Daß ich in einseitiger Weise für das Interesse der Stadt Mannheim eingetreten wäre, kann mir Niemand vorwerfen. Der Redner citiert noch die Anschauung des Mannheimer „General-Anzeigers", des Moniteurs der dortigen Nationalliberalen, die sich mit der seinigen im Großen und Ganzen decke, und ersucht dann nochmals um Annahme seines Antrages.

Abg. **Hergt** (Centr.) stellt in seinem Schlußwort fest, daß der Abg. Dreesbach nicht grundsätzlich gegen die Vorlage sich ausgesprochen hat. Dreesbach stützte seine Bedenken wesentlich auf die Begründung der Regierungsvorlage, er hätte sich aber doch an die Vorlage halten sollen, wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist. Die Kommission ist auf Grund eigenen Studiums von der Ausführbarkeit des Unternehmens überzeugt. Der Abg. Dreesbach hat leichten Herzens die von uns zu tragenden Kosten von 4 Millionen M. um 100 Proz. erhöht, indem er einfach annahm, wir hätten 8 Millionen beizutragen. Der Redner tritt im Weiteren den vom Abg. Dreesbach geäußerten Bedenken hinsichtlich der eintretenden Schädigung der badischen Bahnen und der Frage der Transitläger entgegen. Der Antrag Dreesbach hätte die Folge, daß die Inangriffnahme der Arbeiten auf alle Fälle um zwei Jahre verzögert würde, da zunächst die Erfüllung der gestellten Bedingungen abzuwarten wäre. Darin würde ich eine Schädigung erblicken. Der Redner erläutert nochmals den von der Kommission gestellten Antrag, um dessen Annahme er bittet.

Der Abänderungsantrag Dreesbach u. Gen. kommt zuerst zur Abstimmung und wird mit allen gegen zehn Stimmen abgelehnt. Der Kommissionsantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

2. Beratung des mündlichen Berichts der Budgetkommission über den Nachtrag zum Spezialbudget des Finanzministeriums für die Jahre 1902 und 1903. Ausgabe Titel IV., Einnahme Titel I. Domänenverwaltung.

Abg. **Kriechle** (nat.-lib.) erstattet Bericht, den er verliest, nachdem er seinem Erstaunen Ausdruck gegeben, daß eine große Zahl der Abgeordneten die Plätze verlassen hat. (Heiterkeit.) Ueber die in Betracht kommenden Hauptforderungen: Einrichtung einer Centralfernheizung im Großh. Hofbezirke zur Beseitigung der bestehenden Feuersgefahr, ferner Verlegung und Vergrößerung des Hofelektrizitätswerks, sowie Verbesserung des Hofwasserwerks, die eine Gesamtsumme von 147 6000 M. erfordern, haben wir schon eingehend berichtet. Die Hälfte dieser Summe entfällt auf den Domänengrundstock, während die andere Hälfte aus Mitteln des Civillistengrundstockes bestritten werden soll. Die Kommission schlägt bezüglich der Ausgaben wie der Einnahmen Genehmigung vor.

Bei § 5a der Ausgaben „Verlegung des Bezirksamtes Bruchsal in das Schloß daselbst, 100 000 M." bemerkt

Abg. **Hoffmann** (Dem.), daß die Räumung des Schlosses s. Zt. angeordnet worden sei im Interesse des Gebäudes. Man frage sich nun in Bruchsal, ob es denn richtig sei, nunmehr das Bezirksamt in das Schloß zu verlegen. Wenn man die 100 000 M. zu einem Neubau verwende, so komme man jedenfalls weiter. Die jetzige Einrichtung des Bezirksamtes im Schlosse werde zu kompliziert, man möge die Frage eines Neubaues des Bezirksamtes nochmals erwägen.

Finanzminister Dr. **Buchenberger**: Ich will gerne nochmals in eine Prüfung der Angelegenheit eintreten, ich glaube aber kaum, daß wir zu einem andern Resultate kommen werden. Das Schloß kann zu einem Teil gut für staatliche Zwecke verwendet werden und ich meine, wenn man mit 100 000 M. eine Lösung findet, sollte man nicht zu einem Neubau schreiten, der vielleicht das Zwei- und Dreifache kostet.

Die Position wird angenommen.

Bei § 25 „Einrichtung einer Centralfernheizung im Großh. Hofbezirke 2c." protestiert

Abg. **Eichhorn** (Soz.) dagegen, daß eine so erhebliche Ausgabe verlangt werde ohne Vorlage einer besonderen Begründung. Der Redner verbreitet sich über die Verlängerung der Verhandlungen des Hauses, die durch die beliebte Geschäftseinteilung hervorgerufen werde.

Präsident **Gönner** bemerkt, daß diese Ausführungen eine sehr unnütze Verlängerung der Verhandlungen bedeuten und ersucht den Redner zur Sache zu sprechen.

Abg. **Eichhorn**: Ich finde es nicht für angebracht, daß eine solche Vorlage am Schlusse der Session im Nachtragsetat gemacht wird; man kannte die Sache doch schon längst und die Finanzlage hat sich in der Zwischenzeit doch auch nicht gebessert. Wir lehnen diese Position ab, weil wir eine staatsrechtliche Verpflichtung zu solchen Hofausgaben nicht anerkennen können. Der Redner bezweifelt, ob überhaupt eine Verpflichtung zur Unterhaltung einer solchen Anlage bestehe, die sich als Neubau charakterisiere. Die Notwendigkeit der Reparaturen an sich will ich nicht bestreiten, man hätte sie aber auf billigere Weise ausführen können, wie in den Erläuterungen zu der Position angeführt ist, durch Anlage sogen. russischer Kamine. Wenn damit ein Eingriff in das Innere der Gemächer des Schlosses verknüpft ist, so haben wir uns dadurch nicht stören zu lassen. Aber abgesehen von allem, hätte man denn nicht einen anderen Zeitpunkt für diese Anforderung wählen können? Von Anfang unserer Verhandlungen an ist von der Regierungsbank aus bei jeder Gelegenheit gesagt worden, es sei kein Geld da und das Defizit von 16 Millionen spricht ja auch dafür. Da hätte man doch die jetzigen Verhältnisse im Schlosse auch noch eine Zeit lang bestehen lassen können. Die Sache sieht so aus, als ob man mit Absicht bis gegen Schluß der Tagung gewartet hätte in der Annahme, daß man dann die Angelegenheit besser übers Knie brechen könne. Das, was ich ausgeführt, sind die Gründe, die meine Fraktion veranlassen, gegen die Position, die vielleicht noch höher ausfallen wird, wenn man erst mit dem Bauen anfängt, zu stimmen.

Abg. **Muser** (Dem.): Es entstehen bei Prüfung der Angelegenheit zwei Fragen, die Frage, ob eine Notwendigkeit zu dem Bau vorliegt und ob eine Rechtspflicht zur Bewältigung der erforderlich werdenden Kosten für den Staat entsteht. Die Notwendigkeit zu den baulichen Aenderungen erkenne ich ohne Weiteres an. Die zweite Frage wird in der Hauptsache vom juristischen Standpunkt aus beurteilt werden müssen und da darf man schon verschiedener Ansicht sein. (Heiterkeit.) Ich bin zu der Auffassung gekommen, daß eine Rechtspflicht des Staates nicht besteht. Der Redner begründet seine Ansicht mit juristischen Ausführungen. Ich halte es für unzulässig, daß man eine staatsrechtliche Frage auf Grund eines Civilgesetzes zur Entscheidung bringt. Dann aber muß man sich fragen, was hat der Gesetzgeber im Gesetz über die Civilliste darunter verstanden, wenn er sagt: Aus der Civilliste sind zu bestreiten die Kosten der Unterhaltung sämtlicher zur Schloßausstattung gehöriger Gebäude 2c. Ich meine, eine Verpflichtung des Staates besteht nicht.

Abg. **Gießler** (Centr.) weist darauf hin, daß der Position eine eingehende Begründung im Nachtragsetat beigegeben ist und bespricht dann die Notwendigkeit der baulichen Aenderungen. Die Frage hat uns im Uebrigen bei einem anderen Falle schon einmal beschäftigt und da waren sämtliche Juristen des Hauses mit Ausnahme des Abg. Muser einig bezüglich der staatsrechtlichen Verpflichtung. Hier handelt es sich um eine Hauptausbesserung, die den Fortbestand des Gebäudes, d. h. des Schlosses, sichern muß, und in diesem Falle liegt eine Verpflichtung des Staates vor. Im Zweifel könnte man höchstens über den Umfang der notwendig gewordenen Bauten sein, da aber die Civilliste die Hälfte der Kosten übernimmt, so ist damit die Grundlage zu einer Differenz vollständig entzogen.

Abg. Dr. **Wilckens** (nat.-lib.): Ich möchte vor Allem erklären, daß wir auf dieser Seite des Hauses für die Anforderung stimmen werden. Wir thun das deshalb, weil wir sowohl von der Notwendigkeit der in Aussicht genommenen baulichen Herstellungen überzeugt sind, als auch deshalb, weil wir der Meinung sind, daß eine rechtliche Verpflichtung des Staates zu den in Betracht kommenden Bauten gegeben ist. Es ist ja allerdings von zwei Seiten im Laufe der heutigen Debatte bestritten worden, daß eine rechtliche Verpflichtung des Staates in Frage kommt. Der Kollege Eichhorn hat auch die Notwendigkeit der Maßnahmen bezweifelt. Nun ich meine, darüber kann eigentlich kaum ein Zweifel bestehen und der Abg. Eichhorn wird das wohl selbst zugeben. In der Budgetkommission ist uns von Sachverständigen die unumgängliche Notwendigkeit der Maßnahmen nachgewiesen worden. Wenn man die Feuersgefahr, die für das Schloß und das Theater besteht, in Betracht zieht, so muß man ohne Weiteres die Notwendigkeit zugeben. Mir und meinen Freunden wäre es auch lieber gewesen, wenn die Forderung gleich von Anfang eingebracht worden wäre. Wenn der Abg. Eichhorn meinte, daß man am Schlusse der Tagung die Sache besser durchbringen und über's Knie brechen könne, so ist das ein Vorwurf, gegen den die Regierung sich selbst verteidigen möge. Soweit aber ein Vorwurf gegen die Kommission gerichtet gewesen sein sollte, so müßte ich diesen zurückweisen. Man hat eben erst in den letzten Monaten eingesehen, daß sich die baulichen Maßnahmen nicht mehr länger hinausschieben lassen, und die Volksvertretung kann es nicht auf sich nehmen, daß für das Schloß oder das Theater Zustände weiter bestehen, die Menschenleben in Gefahr bringen können. Was die Rechtspflicht des Staates angeht, so bin ich der Ansicht, daß eine solche im vorliegenden Falle besteht. In der Budgetkommission waren wir mit einer einzigen Ausnahme nicht im Zweifel darüber und wir betrachten es als ein weitgehendes Entgegenkommen, daß die Civilliste die Hälfte der Kosten übernimmt. Der Kollege Eichhorn hat den Zeitpunkt für ungeeignet gehalten. Ja, wenn einmal die Notwendigkeit zu baulichen Maßnahmen vorliegt, so muß man eben zur Ausführung schreiten. Was den bei anderen Gelegenheiten von der Regierung angeführten Geldmangel angeht, so habe ich z. B. auch bedauert, daß seitens des Staates eine Unterstützung der Kreisverbände nicht beliebt worden ist, aber hier läßt sich doch die Notwendigkeit der Bauausführungen nicht umgehen. Im Interesse der Sicherheit des Schlosses und seiner Bewohner und des Hoftheaters und seiner Besucher erkennen wir die Notwendigkeit der baulichen Maßnahmen an und wir sind weiter der Meinung, daß eine rechtliche Verpflichtung des Staates besteht, wie übrigens schon in früheren Fällen anerkannt worden ist.

Finanzminister Dr. **Buchenberger**: Für den Abg. Eichhorn sind offenbar die eingehenden Darlegungen zu der Position nicht vorhanden gewesen. Er hätte seine langen und wie ich gleich bemerken will, unzutreffenden Ausführungen auf die drei Worte beschränken können: Ich will nicht. Daß die Position erst im Nachtragsetat erscheint, habe ich auch von vornherein bedauert, schon um dessentwillen weil ich auch den geringsten Schein einer Ueberrumpelung der Volksvertretung vermeiden möchte. Eine praktikable Lösung der Frage schien aber erst gegeben mit der Einrichtung einer Fernheizung, wie sie seit einiger Zeit in Dresden zur vollsten Zufriedenheit besteht. Wenn die Anforderung vom Hause abgelehnt werden sollte, was ich übrigens nicht annehme, so würde auch nicht ein roter Heller für andere staatliche Zwecke zur Verfügung stehen auf Grund der verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Ausgaben zu Lasten des Domänialgrundstockskapitals; das hätte der Abg. Eichhorn auch wissen können. Wenn es sich überhaupt um einen staatlichen Aufwand handeln könnte, so kann es sich höchstens um den entgehenden Zinsenverlust aus dem Kapitalanteil handeln, der für einen derartigen Kapitalgrundstockszweck hingegeben werden soll. Das ist ein Betrag von 26 000 M. Ich meine, um einer solchen Bagatelle halber sollte man sich nicht streiten, wenn man damit verhüten kann, daß ein großer Brand ausbricht, daß Katastrophen eintreten, die viele Menschenopfer erfordern könnten. Diese Rücksichtnahme sollte dem Abg. Eichhorn und seinen Parteigenossen auch die Abstimmung nicht schwer machen. Der Minister wendet sich gegen die juristischen Ausführungen des Abg. Muser und erinnert an die großen Aufwendungen, die aus der Civilliste für allgemeine und kunsthistorische Zwecke gemacht werden. Ich erinnere daran, obwohl ich weiß, daß dies seitens der Krone nicht gern gesehen wird, allein angesichts des Umstandes, daß man der Civilliste trotz der Liberalität der Krone noch mehr aufzubürden versucht, glaube ich das hier doch anführen zu sollen. Ich bitte daher, dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

Abg. **Muser** (Dem.): Ich habe meine juristischen Bedenken geäußert, weil ich davon überzeugt bin; ich habe aber gleichzeitig gesagt, daß man über die Angelegenheit geteilter Meinung sein kann. Wenn man von Liberalitätsakten der Krone spricht, so erinnere ich daran, daß man seitens des Landtages auch liberal gehandelt hat, z. B. mit der Erbauung des Erbprinzlichen Palais, das jetzt unbenutzt dasteht.

Abg. **Kriechle** (nat.-lib.) ersucht nochmals um Annahme der Positionen und erklärt, daß er seinen Bericht nicht habe früher bekannt geben können.

Abg. **Eichhorn** (Soz.) bemerkt persönlich, daß er dem Berichterstatter und auch der Kommission keinen Vorwurf habe machen wollen.

Die Position wird hierauf mit allen gegen die 6 sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Zur Annahme gelangen ferner die übrigen Positionen der Ausgabe wie der Einnahme.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft und die Sitzung wird nach 1 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 9 Uhr.

* Tagesordnung für die 112. Sitzung der Zweiten Kammer am Mittwoch, den 25. Juni 1902, vormittags 9 Uhr. Anzeige neuer Eingaben. Sodann 1. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Nachtrag zum Spezial-Budget der Eisenbahnbauverwaltung für die Jahre 1902 und 1903 und die damit zusammenhängenden Petitionen — Drucksache zu Nr. 24 a. — Berichterstatter: Abg. Pfefferle. 2. Beratung des mündlichen Berichts der Budgetkommission über den Nachtrag zum Spezialbudget des Finanzministeriums für die Jahre 1902 und 1903, Ausgabe Titel VII B § 3 a, Einnahme Titel IV. B § 1, Dienstgebäude des Hauptzollamts Pforzheim, und die bezüglichen Petitionen. Berichterstatter: Abg. Frühauf. 3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Spezialbudget der Eisenbahnschuldentilgungskasse für die Jahre 1902 und 1903. — Drucksache Nr. 25. — Berichterstatter: Abg. Gießler.

: **Karlsruhe**, 23. Juni. Aus dem Gesetzentwurf betr. die Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn von Biberach nach Oberharmersbach entnehmen wir: Aus der Eisenbahnschuldentilgungskasse soll hierzu ein einmaliger unverzinslicher nicht rückzahlbarer Staatsbeitrag von 30 000 M. pro Kilometer bewilligt werden. Die beteiligten Gemeinden müssen das erforderliche Gelände unentgeltlich zur Verfügung stellen. Die Wirksamkeit des Gesetzes erlischt mit Ablauf des Jahres 1907 bezw. 1908, wenn die Bahn bis dahin noch nicht erstellt ist. Die Firma Vering und Wächter hat sich bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen den Bau der 10,6 km langen Bahn herzustellen und in Betrieb zu nehmen. Das Bahngebiet umfaßt die Gemeinden Ober- und Unterentersbach, Zell a. H., Unter- und Oberharmersbach, Nordrach mit Nordrach-Fabrik. Die Bahn soll auf der Ostseite der Station Biberach-Zell von der Kinzigthalbahn abzweigen. Die Baukosten betragen 1 210 000 M., die Kosten des Grunderwerbs 185 000 M., auf das Kilometer kommen 96 690 M. Zu den Grunderwerbskosten zahlen Zell a. H. 50 000 M., Unterharmersbach 15 000 M. und Oberharmersbach 110 000 M. Die Betriebseinnahmen sind veranschlagt mit 67 500 M., die Betriebsausgaben mit 46 000 M., verbleibt somit ein Ueberschuß von 21 500 M. Die Verzinsung des Anlagekapitals beträgt sonach 3,04 Proz.

Baden und Nachbarländer.

Bruchsal, 23. Juni. Am kommenden Sonntag, den 29. Juni wird in hiesiger Stadt die Hauptversammlung des Badischen Architekten- und Ingenieurvereins abgehalten. Um 11½ Uhr findet im Marmorsaal des Großh. Schlosses eine Vortrag des Oberbau-Inspektors Lang von hier über die Baugeschichte des Bruchsaler Schlosses mit Ausstellung alter Originalpläne und der Entwürfe für die Wiederherstellung statt; hieran reiht sich eine Besichtigung des Schlosses unter Führung des Vortragenden. Der übrige Teil der um 10 Uhr beginnenden Sitzung betrifft geschäftliche Angelegenheiten. Für Montag, den 30. Juni ist ein Ausflug nach Maulbronn in Aussicht genommen.

: **Mannheim**, 23. Juni. Auf dem hiesigen Friedhof hat sich gestern ein 25 Jahre alter Schlosser von hier einen Revolverschuß in die rechte Kopfseite beigebracht. Er verstarb in der letzten Nacht. Motiv zur That ist Lebensüberdruß.

∞ **Wiesenthal**, 23. Juni. In der Nähe des hiesigen Stationsgebäudes unmittelbar bei der Restauration, worin er vorher gezecht hatte, schoß sich heute Nacht ein 19 Jahre alter aus Breslau stammender Drechslergeselle Namens Wilhelm Förster mit einem Revolver eine Kugel ins Herz. Tödlich verwundet wurde er ins Bezirksspital nach Bruchsal verbracht.

Freiburg, 24. Juni. In der heutigen Nummer der „Breisg. Ztg." äußert sich ein Mitarbeiter dieses Blattes zur Praktikantenfrage. In dem Artikel wird auf die ungünstige Lage der Praktikanten hingewiesen, welche auch die Regierung anerkannt und Abhilfe in Aussicht gestellt habe — soweit die ungünstige Finanzlage solche gestatte. Dann heißt es „Regierungsseitig wurde denn auch in der Sitzung vom 29. April d. J. durch Minister v. Dusch bei der Beratung über das Budget der Unterrichtsverwaltung in der Zweiten Kammer erklärt, daß in dem Nachtragsetat die Schaffung einer weiteren Zahl von Professorenstellen enthalten sein werde, so daß diese insgesamt die Zahl von 46 bis 47 erreichen würden. Es sei beabsichtigt, die Praktikanten der drei verschiedenen Lehrzweige, soweit möglich, bis zu dem Jahrgang 1896 (inclusive) zu Professoren zu befördern. Die Erwartungen der Praktikanten waren bekanntlich auf eine größere Zahl von Stellen gerichtet, zumal es sich thatsächlich herausstellt, daß die Zahl 46—47 für die Jahrgänge 1893 bis 1896 (neunjährige Praktikanten giebt es deren noch 11!) nicht einmal ausreicht, denn die Zahl der Altphilologen jener Jahrgänge beträgt 27, die der Neuphilologen 18, die der Mathematiker 14, zusammen also 59. Immerhin war man mit der gebotenen Stellenvermehrung im Allgemeinen zufrieden und sowohl den maßgebenden Regierungsfaktoren wie der Volksvertretung, insbesondere dem Berichterstatter Abg. Obkircher, für die Verbesserung dankbar, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die angegebene Zahl 46 oder 47 als das Mindestmaß der Bewilligungen zu betrachten sei. Nun aber las man in dem Berichte der amtlichen „Karlsr. Ztg.", daß der Berichterstatter Geheimerat Lewald in der Sitzung der Ersten Kammer vom 14. Juni die Zahl der neuzubeschaffenden Professorenstellen (Nachtragsetat inbegriffen) auf 41 angegeben habe, also 5 bis 6 weniger als die Regierung in der Zweiten Kammer zugesagt hatte. Damit würden nicht bloß mehrere an der Reihe befindliche Praktikanten geschädigt, sondern auch solche des Jahrgangs 1897 im Aufsteigen zurückgedrängt. Es würde also dem Weggang der Praktikanten nach anderen deutschen Ländern nicht genügend Einhalt gethan werden, zumal man erfährt, daß noch weitere solche Hilfskräfte sich teils mit dem Gedanken tragen, ihre Aushilfsthätigkeit in ein Definitivum in Preußen umwandeln zu lassen, teils, wie ein neuester Fall in Freiburg beweist, dem Beispiel bereits Ausgewanderter schon nach Schluß dieses Schuljahres Folge leisten werden." Im weiteren Teile des Artikels wird die Regierung um Aufklärung gebeten. In Bezug auf die „Praktikantenflucht" dürfte es interessant sein, zu erfahren, daß ein hiesiger Praktikant, welcher das Examen erst zwei Jahre hinter sich hat (also etwa nur 1400 M. Gehalt bezieht) in einem andern deutschen Staat eine Stelle übertragen bekam, die mit 3000 M. Gehalt und 600 M. Wohnungsgeld dotiert ist. Im badischen Vaterlande müssen unsere studierten Schulmänner in Jahrzehnte hinein dienen, bis sie es zu einem solchen Gehalte bringen. Eine Aufklärung von seiten der Regierung, wie sie der Artikelschreiber in der „Breisg. Ztg." wünscht, wäre also sehr zu wünschen.

: **Waldshut**, 23. Juni. Sicherem Vernehmen nach passieren am kommenden Freitag, den 27. d. M., die Teilnehmer an der Automobilfahrt Paris-Wien auch unsere Stadt und nehmen ihren Weg Konstanz zu. Demnach scheint die von anderer Seite gemeldete Fahrt durch die Schweiz zu unterbleiben, wohl infolge der komplizierten Bedingungen, die Seitens der einzelnen Kantone gestellt werden.

Das Interesse der Uhrenindustrie an Handelsverträgen.

Dem Jahresbericht der Handelskammer für den Kreis Villingen und den Amtsbezirk Neustadt, der soeben erschienen ist, entnehmen wir folgende, die Schwarzwälder Uhrenindustrie betreffenden Ausführungen:

Prinzessinnen und der Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden feierlich eröffnet wurde und nach den bisher bekannt gewordenen Berichten als eine nicht nur außergewöhnlich reichhaltige, sondern auch durch die künstlerische Qualität der dargebotenen Werke hervorragende Ausstellung sich erwiesen hat. Von den der hiesigen Kunstgenossenschaft angehörenden Künstlern sind die nachstehend Genannten in dieser Ausstellung vertreten: die Maler Hermann Baumeister, Karl Dussault, Max Frey, Hermann Göhler, Karl Heilig, Rudolf Hellwag, Georg Hesse, Frau Marie Hesse, Professor August Hörter, Karl Hollmann, Professor Edmund Kanoldt, Professor Ferdinand Keller, Kurt Kempin, Alexander Koester, August Lemmer, Hermann Moest, Wilhelm Nagel, Otto Propheter, Professor Kaspar Ritter, Wilhelm Schröter, Paul Segisser, Josef Thomann, Manuel Wielandt und der Bildhauer Professor Hermann Volz. Es sei hier noch erwähnt, daß die Mehrzahl der genannten Künstler auch in der Gruppe der hiesigen Kunstgenossenschaft auf der diesjährigen deutsch-nationalen Düsseldorfer Kunstausstellung durch Werke vertreten ist, welche wie die bei der Münchener Glaspalast-Ausstellung in einem besonderen Saal vereinigt sind.

Aus der Gelehrtenwelt.

* **Karlsruhe.** An der hiesigen Technischen Hochschule hat sich Ingenieur Karl Kriemler für das Fach der technischen Mechanik habilitiert.

* **Straßburg.** Der Professor der Philosophie Dr. Windelband von der hiesigen Universität hat, der „Frkf. Ztg." zufolge, den Ruf an die philosophische Fakultät der Universität Tübingen als Nachfolger Pfleiderers angenommen.

* **Bonn.** Geheimerat Prof. Dr. Usener, Direktor des philologischen Seminars der hiesigen Universität, ist auf seinen Antrag der Verpflichtung, Vorlesungen zu halten, enthoben worden.

* **Greifswald.** In der theologischen Fakultät der hiesigen Universität hat sich der neue Inspektor des Theologischen Studienhauses, Lic. theol. Richard Grützmacher, ein Bruder des Heidelberger Kirchenhistorikers, als Privatdocent niedergelassen.

* **Göttingen.** Professor Hilbert, Docent der Mathematik an der hiesigen Universität, hat einen Ruf an die Berliner Universität erhalten.

* **Berlin.** Dr. Rudolf Jürgens, Kustos an Virchows pathologischem Institut, und Dr. med. et phil. Adolf Magnus-Levy habilitierten sich an der medizinischen Fakultät.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unser industriereicher Kammerbezirk hat ein ganz erhebliches Interesse an dem Zustandekommen günstiger Handelsverträge, ohne welche die exportierenden Industrien des Bezirkes nicht weiter bestehen könnten. Dies gilt insbesondere für unsere Hauptindustrie, die Uhrenindustrie, deren Interesse an vorteilhaften Handelsverträgen in Folgendem ausführlicher beleuchtet werden soll.

Die deutsche Uhrenindustrie hat ihren eigentlichen Sitz noch heute auf dem Schwarzwalde, außerdem wird sie noch in einzelnen Orten in Schlesien betrieben, doch stellt die Produktion in den letzteren nur etwa den siebenten Teil der gesamten deutschen Produktion dar. Die Uhrenindustrie auf dem Schwarzwalde erstreckt sich auf einen Raum von etwa zehn Quadratmeilen. Die Gesamtproduktion der deutschen Uhrenindustrie bewertet sich auf 30 bis 32 Millionen Mark, wovon nur etwa ein Viertel in Deutschland abgesetzt wird, während der Rest ins Ausland geht. Die Zahl der in der deutschen Uhrenindustrie beschäftigten Arbeiter beziffert sich auf ca. 10 000, von denen etwa 1000 Hausarbeiter sind. Die Uhrenfabriken lassen sich einteilen in 10 große Fabriken mit je 300 und mehr — bis 3000 — Arbeitern, ca. 8 Fabriken mit einer Arbeiterzahl von 100 bis 300, ca. 16 Fabriken mit je 20 bis 100 Arbeitern und einer größeren Anzahl kleinerer Fabriken und Werkstätten unter 20 Arbeitern einschließlich der Alleinbetriebe.

Die Uhrenindustrie ist eine bedeutende Exportindustrie. Nur einen kleinen Teil ihrer Produkte vermag sie in Deutschland selbst abzusetzen, während sie bezüglich des weitaus größten Teiles auf den Weltmarkt angewiesen ist. Und in der That giebt es wohl kaum ein Land auf der Erde, wohin die deutsche Uhrenindustrie nicht — mittelbar oder unmittelbar — ihre Fabrikate ausführt. Als Hauptexportländer kommen für unsere Uhrenindustrie in Betracht: in Europa sämtliche Staaten; in ganz besonderem Maße England, Rußland und der Orient; außerhalb Europas: Nord- und Südamerika, die südafrikanischen Staaten und Australien.

Auch Oesterreich und Italien waren früher gute Abnehmer; heute sind diese Länder für unsere Uhrenindustrie — wenigstens für gewisse Sorten Uhren — so gut wie verloren infolge der hohen Zollsätze, und weil deutsche Fabrikanten Filialfabriken daselbst errichtet haben, die den Bedarf des Landes zum größten Teil zu decken in der Lage sind. Die Thatsache, daß dennoch Uhren aus dem Schwarzwalde dort begehrt werden, ist ein Beweis dafür, daß das deutsche Fabrikat beliebt ist, und es unterliegt keinem Zweifel, daß das deutsche Geschäft mit diesen Ländern sich wieder besser gestalten würde, wenn es gelänge, vorteilhaftere Einfuhrbedingungen zu erlangen.

Auch nach Frankreich hat das Geschäft infolge des hohen Zolles nachgelassen.

Das gleiche gilt für Spanien. Der spanische Tarif unterscheidet zwischen ordinären Uhren und solchen besserer Qualität, welch letztere beinahe den fünffachen Zoll entrichten, als erstere.

England gewährt bis heute zollfreie Einfuhr für Uhren. Infolge dessen haben fast alle Fabrikanten sich daselbst ein Absatzgebiet geschaffen. Die Preise sind infolge des Ueberangebotes so gedrückt, daß die Einführung auch des geringsten Zolles von den nachteiligsten Folgen begleitet sein würde.

In Rußland sind die Einfuhrzölle für die Fabrikate der Uhrenindustrie derartige, daß sie als die äußerste Bedingung bezeichnet werden können, unter welcher der Export dorthin noch einigermaßen lohnend ist. Auch die geringste Verschlechterung hätte zweifellos eine Verschleppung der deutschen Uhrenfabriken nach Rußland in großem Umfange zur Folge.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erheben einen Wertzoll von 40 Proz. für Uhren, durch welchen das Exportgeschäft sehr beeinträchtigt wird.

Nach der Schweiz sind die Zölle im allgemeinen günstig, ebenso nach Belgien, Bulgarien, Holland, Serbien, Türkei. — Griechenland, Dänemark, Rumänien haben zwar etwas höhere Zölle, jedoch ist immerhin ein Geschäft auch mit diesen Ländern möglich.

Die Zolltarife der überseeischen Länder enthalten meistens Wertzölle in Höhe von 5—10 Proz. und sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht gerade ungünstig. Hohe Zölle erheben nur Chile mit 35 Proz., Argentinien mit 25 Proz., Brasilien mit 48 Proz. vom Werte und für Weckeruhren 1600 Reis per Stück.

Seit Abschluß der letzten Handelsverträge datiert ein neuer Aufschwung des Uhrengeschäftes, trotzdem die Zölle nach einzelnen Vertragsländern ungünstig und die dortigen Zollvorschriften zum Teil erschwerend sind. Der Grund für den Aufschwung liegt in der durch die Langfristigkeit der Verträge geschaffenen Stabilität des Verkehrs, die es dem Handel ermöglicht, Dispositionen auf eine Reihe von Jahren zu treffen, ohne wie vordem eine plötzliche und willkürliche Aenderung der Zollvorschriften befürchten zu müssen. Vergleicht man die Uhrenausfuhr nach den Vertragsländern im Durchschnitt der Jahre 1899/1900 und 1890/91 mit einander, so ergiebt sich auf Grund der statistischen Nachweise über die Warenausfuhr eine Steigerung der Ausfuhr beispielsweise nach Rußland um 28 Proz., Belgien um 64 Proz., der Schweiz um 230 Proz.

Für Rußland dürfte dieser Prozentsatz in Wirklichkeit noch erheblich höher zu veranschlagen sein. Die russische Einfuhrstatistik weist gerade bei diesem Artikel aus bekannten Gründen viel zu niederige Ziffern auf. Nach Ländern, mit welchen wir keine Handelsverträge haben, ist die Ausfuhr meist nicht in diesem Maße gestiegen, nach einzelnen Ländern sogar erheblich zurückgegangen, so nach Spanien um 24 Proz., nach Frankreich um 40 Proz., nach Schweden um 50 Proz.

Das Nichtzustandekommen von Handelsverträgen, und in Verbindung damit die Gefahr, in Zollkriege mit dem Ausland verwickelt zu werden, würde für die deutsche Uhrenindustrie nicht nur zur Folge haben, daß die Ausfuhr erschwert, bezw. ein Teil derselben verloren gehen würde, sondern auch daß Uhrenfabriken im Auslande neu entstehen, bezw. die deutsche Uhrenindustrie ins Ausland verpflanzt würde. Und gerade diese Gefahr ist für unsere Uhrenindustrie eine besonders große. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Länder Oesterreich und Italien, einst gute Absatzgebiete, infolge der Errichtung von Filialfabriken seitens deutscher Uhrenfabrikanten für unsere Uhrenindustrie heute fast ganz verloren sind. Auch Rußland macht bereits Anstrengungen, sich eine eigene, leistungsfähige Uhrenindustrie zu schaffen. Auf diese Weise sind auch die Zollschwierigkeiten zu erklären, welche die deutsche Uhrenindustrie, und speziell die Industrie der Schwarzwälder Holzuhren, von seiten russischer Zollämter in den letzten Jahren zu erleiden hatte. Wenn neben den beiden in Rußland bereits bestehenden Uhrenfabriken heute noch keine weiteren Fabriken seitens deutscher Fabrikanten dort errichtet sind, so danken wir dies in erster Linie dem deutsch-russischen Handelsvertrage, der, soweit die Zölle gebunden sind, die deutsche Uhrenindustrie gegen willkürliche Zolländerungen bisher geschützt hat. Leider ist die Zollposition für „Schwarzwälder Holzuhren" durch den Handelsvertrag nicht gebunden, weshalb eine Zollerhöhung auf diese Uhren seitens Rußlands durch Zirkular vom 25. Januar 1900 ohne Verletzung des Handelsvertrages durchgeführt werden konnte. Gleichwohl muß diese Maßregel, die eine sehr bedeutende Erhöhung des Zolles enthält, als ungerecht und rigoros bezeichnet werden, weil sie sich in Widerspruch setzt mit einer mehr als ein halbes Jahrhundert lang ununterbrochen geübten Praxis. Die Wiederherstellung des alten Zustandes und Bindung des Zolles auf diese Uhren ist ein Hauptwunsch der Uhrenindustrie für den nächsten Handelsvertrag mit Rußland. Der Verlust dieses Absatzgebietes würde für unsere Uhrenindustrie unersetzlich sein.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 24. Juni.

= **Prinzessin Max.** Letzten Sonntag wurde auch in allen altkatholischen Kirchen des Landes die Fürbitte für die Prinzessin Max gesprochen.

= **Jubiläumskunstausstellung.** Einem mehrfach geäußerten Wunsche entsprechend, wird der Besuch der Ausstellung für die hiesige Einwohnerschaft folgende Erleichterung erfahren: An jedem Sonntag Nachmittag, beginnend vom 29. Juni, wird der Eintrittspreis von 1 Uhr ab auf 50 Pfg. ermäßigt; ferner wird am ersten Sonntag des Juli, August und Oktober während des ganzen Tages der Eintrittspreis auf 30 Pfg. herabgesetzt. Während der genannten Zeit werden Schirme und Stöcke an der Garderobe unentgeltlich abgenommen.

Handel und Verkehr.

* **Die Handelskammer** für die Kreise Karlsruhe und Baden in Karlsruhe leitet den II. Teil ihres soeben erschienenen Jahresberichts für 1901 mit folgenden Ausführungen über die allgemeine Geschäftslage ein:

Ein Rückblick auf die Lage und den Gang von Industrie und Handel in unserem Kammerbezirke während des Jahres 1901 zeigt kein erfreuliches Bild; die Klagen über schlechten Geschäftsgang und unbefriedigende Resultate waren in den meisten Branchen die gleichen. In der Industrie hielt die rückläufige Bewegung, welche sich gegen Mitte des Jahres 1900 in verschiedenen Betrieben bemerkbar gemacht hatte, nicht nur das ganze letzte Jahr hindurch an, sondern steigerte sich noch für einzelne Geschäftszweige und griff außerdem auf weitere Betriebe über. Nicht selten fehlte es an Aufträgen, und auch da, wo Beschäftigung vorhanden war, machte vielfach das Mißverhältnis zwischen den hohen Preisen der Roh- und Hilfsstoffe und den niedrigen Verkaufspreisen für die Fabrikate eine lohnende Thätigkeit unmöglich, sodaß die geschäftlichen Ergebnisse unbefriedigend blieben. Verschiedentlich sah man sich zur Vornahme von Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen, hie und da auch zu Lohnherabsetzungen genötigt. Auch im Handelsgewerbe klingen die meisten Berichte in einen unbefriedigenden Ton aus. In erster Linie war es die allgemeine wirtschaftliche Depression, unter welcher die Geschäfte zu leiden hatten. Für einzelne Geschäftszweige kamen dazu noch besondere Verhältnisse, die den Geschäftsgang ungünstig beeinflußten, wie die Konkurrenz der Filialgeschäfte auswärtiger Firmen, der Konsum- und anderer Vereine, der Warenhäuser u. s. w. Im Vordergrunde des allgemeinen Interesses stehen für den Industrie- und Handelsstand z. Zt. die Fragen der Neugestaltung des deutschen Zolltarifs und des Abschlusses neuer Handelsverträge. Wir können in dieser Beziehung heute nur den früher schon ausgesprochenen Wunsch wiederholen, daß es gelingen möge, einen Zolltarif zu schaffen, auf Grundlage dessen sich neue langfristige und günstige Handelsverträge abschließen lassen. Das Deutsche Reich bedarf solcher Handelsverträge, denn bei seiner stetig zunehmenden Bevölkerung wird es sich mehr und mehr auf den Export angewiesen sehen und für einzelne Industrie- und Geschäftszweige bilden günstige Handelsverträge geradezu eine Lebensfrage.

* **Stuttgart,** 23. Juni. (Landesprodukten-Börse.) Gegen Mitte der abgelaufenen Woche sandte Amerika höhere Forderungen für Brotfrüchte, am Schlusse wurden die Preise wieder zu Gunsten der Käufer ermäßigt. Die heutige Börse war schwach besucht und ohne größere Kauflust. Wir notieren per 100 Kilogramm frachtfrei Stuttgart, je nach Qualität und Lieferzeit: Weizen württembergischer M. 17.— bis 18.—, fränkischer —.— bis —.—, Ulka M. 18.— bis 18.50, Saxonska —.— bis —.—, Rostoff Azima 18.— bis 18.50, Walla-Walla 18.50 bis —.—, Amerikaner 18.50 bis 18.75, Laplata 18.25 bis 18.75, Californier 18.75 bis 19.—, Kernen Oberländer 18.50 bis 18.75, Dinkel 12.50 bis 13.—, Dinkel prima —.— bis —.—, Roggen württemb. 15.— bis 15.50, norddeutsch. —.—, russisch 16.— bis 16.25, Gersten württembergische —.— bis —.—, bayerische —.— bis —.—, Tauber —.— bis —.—, Anatolier —.— bis —.—, Hafer, Oberländer 18.— bis 18.50, Oberländer prima —.— bis —.—, Unterländer 17.50 bis 18.—, Mais Mixed —.— bis —.—, weißer amerikanisch —.—, Laplata 13.— bis 13.25, Yellow —.— bis —.—, Donau 13.— bis —.—, Laplata beschädigt —.— bis —, Kohlreps —.— bis —.—, Ackerbohnen — bis —. Mehlpreise pro 100 Kilogr. inkl. Sack: Mehl Nro. 0: Mk. 29.— bis 29.50, Nr. 1: 27.— bis 27.50, Nr. 2: 25.50 bis 26.—, Nr. 3: 24.— bis 24.50, Nr. 4: 21.— bis 21.50, Suppengries M. 29.— bis 29.50, Kleie M. 9.50.

♁ **Frankfurt,** 24. Juni. (Telegraphischer Börsenbericht.) Deutsche Fonds ruhig. Montan nachgebend. Banken lustlos.

* **Frankfurt a. M.,** 24. Juni. (Schlußkurse 1 Uhr 45 Min.) 3½% Baden in Gulden 99.80, 3½% Baden in Mark 100.10, 3½% dto. 100.10, 3% dto. 1896 92.80, Pfälzer Hypothekenbank 177.65, Bad. Zuckerfabrik 68.70, Norddeutscher Lloyd 108.50, Hamburg Amerika 108.55, Maschinenfabrik Gritzner 161.50, Karlsruher Maschinenfabrik 234.—, La Veloce St.-Anl. Le —.—, Oberrhein. Bank 120.—. Tendenz schwach.

* **Frankfurt a. M.,** 24. Juni. (Schlußkurse 1 Uhr 45 Min.) Wechsel Amsterdam 168.50, London 20.447, Paris 81.25, Wien 85.133, Ital. 80.075, Privatdisk. 2¼%, Deutsche Reichsanl. (abg. 3½) 101.95, 3% Deutsche Reichsanl. 92.80, 3% Preuß. Consols (abg. 3½) 101.85, Oesterr. Goldrente 102.95, Oesterr. Silberrente 101.70, Oesterr. Lose von 1860 153.40, 4% Portug. 46.35, Deutsche Bank 209.60, Badische Bank 115.60, Rheinische Creditbank 142.—, Rheinische Hypothekenbank 178.65, Oesterr. Länderb. 107.—, Schweizer Nordost —.—, Schweizer Union 100.—, Jura-Simplon 99.05.

w **Berlin,** 24. Juni. (Telegraphischer Börsenbericht.) Anfangs schwach in Montan. Banken abbröckelnd. Geschäft sehr still.

w **Berliner Anfangskurse.** 4proz. Badische 105.30. 3½proz. Reichs-Anl. 102.10. 3proz. Reichs-Anl. 92.80. 3½proz. Preußen 102.—. Credit 212.50. Discont 185.90. Dresdener Bank 145.20. Nationalbank 114.50. Staatsbahn 151.50. Bochum 196.40. Gelsenkirchen 170.60. Laurahütte 205.50. Harpen 170.60. Hibernia 173.60. Dortmund 41.—. Allg. Elektr.-Ges. 182.60. Schuckert 103.25. Dynamit 174.60. Köln Rottweil 208.50. Metallpatronenfabrik 183.25. Canada 131.50. Gritzner —.—. Privatdiskonto 2¼%.

* **Paris,** 24. Juni. An der heutigen Börse notierte: 3proz. Renten 101.50, 4proz. Spanier 81.20, D Türken 26.65, 4proz. Italiener 103.20, Ottoman 572.—, Rio Tinto 11.05.

Vacanzenliste für Militär-Anwärter.

Die Liste enthält der Reihe nach folgende Mitteilungen:
1) Laufende Nummer. **2)** Die Vakanz tritt ein: wann? wo? bei welcher Behörde? **3)** Nähere Bezeichnung der Stelle. **4)** Bezeichnung der Anforderungen, welche an die Bewerber gestellt werden. **5)** Dauer der etwa der Anstellung vorangehenden Probezeit. **6)** Ob die Anstellung auf Lebenszeit oder auf Kündigung erfolgt. **7)** Betrag der zu bestellenden Kaution und ob dieselbe durch Gehaltsabzüge gedeckt werden kann. **8)** Einkommen der Stelle. **9)** Ob Aussicht auf Verbesserungen vorhanden. **10)** Bemerkungen.

Bezirk des 14. Armee-Korps.

1. 2) unbestimmt, die Einstellung erfolgt nach Bedarf, Freiburg (Breisgau), Direktion des städt. Elektrizitätswerks und der Straßenbahn, 3) Schaffner und Wagenführer, 4) —, 5) bis zu 1 Jahr, 6) die Anstellung erfolgt während der ersten 10 Jahre mit 3monatiger Kündigung, dann unwiderrufliche Anstellung mit Anspruch auf Pension u. s. w., 7) 100 M., wird durch Gehaltsabzüge gedeckt, 8) 1250 M. 9) das Gehalt vermehrt sich alle 2 Jahre um 55 M. bis zum Höchstgehalt von 1800 M.

2. 2) sofort, Grötzingen (Amtsbezirk Durlach, Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion Karlsruhe, 3) Straßenwärter, 4) die Bewerber müssen gesund, kräftig, in den auf die Unterhaltung der Straßen bezüglichen Handarbeiten bewandert, in der nächsten Umgebung der Wärterstrecke ortskundig sein, 5) für Militär-Anwärter 1 Jahr, für sonstige Bewerber 10 Jahre, 6) auf Kündigung, 7) —, 8) jährlich 816 M., 9) —, 10) es ist Aussicht auf Verleihung der Beamteneigenschaft und damit die Möglichkeit der Gewährung eines Unterstützungsgehalts gegeben.

3. 2) 1. September 1902, Oberwinden, Kaiserl. Postagentur, 3) Landbriefträger, 4) Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen, körperliche Rüstigkeit, 5) 6 Monate, 6) auf vierteljährige Kündigung, 7) — 8) 700 M. Gehalt und 60 M. Wohnungsgeldzuschuß, 9) ja.

4. 2) sofort, Röthenbach (Amtsbezirk Neustadt), Großh. Wasser- und Straßenbauinspektion Freiburg, 3) Straßenwärter, 4) bis 7) wie bei lfd. Nr. 2, 8) jährlich 528 M., 9) —, 10) wie bei lfd. Nr. 2.

5. 2) sofort, städt. Gaswerk Freiburg (Breisgau), 3) Gasmesser-Ableser, 4) Bewerber hat, wie die Installationsarbeiter, jeden Monat einen Teil der Gasuhren in der Stadt aufzunehmen, er muß mit dem Installationsbetrieb vertraut sein, da er unter anderem auch Gasuhren und Gaskochapparate selbständig zu installieren hat. Bewerber muß gut rechnen, lesen und schreiben können und ein vorzügliches Fußwerk besitzen, da er viel Treppen zu steigen hat, 5) ½ Jahr, 6) während der ersten 10 Jahre ist Auflösung des Dienstvertrags mit jederzeitiger 3monatiger Kündigung möglich, nach 10 Jahren kann die Entfernung aus dem städtischen Dienst nur durch Pensionierung erfolgen, sofern die Voraussetzungen der Dienstentlassung nicht vorliegen, 7) voraussichtlich keine, 8) das jährliche Anfangsgehalt der Stelle beträgt 1250 M., das Höchstgehalt 1800 M., die Zulagen betragen alle 2 Jahre 55 M., 9) —.

6. 2) unbestimmt, Finanzämter, Hauptsteuerämter und Domänenämter, 3) 12 Bureaugehilfen, 4) Besitz des Civilversorgungsscheins, Gewandtheit im Lesen und Schreiben, gefällige Handschrift, Befähigung zur Führung des Geschäftstagebuchs und zum Registraturdienste, 5) 6 Monate bei Domänenämtern, 1 Jahr bei Finanz- und Hauptsteuerämtern, 6) auf Kündigung, 7) keine, 8) je 1050 M., nach Ablauf von einem Jahr bei befriedigender Dienstleistung 1100 M., nach weiteren 4 Jahren 1200 M., 9) siehe unter 8), im übrigen nein, 10) die Annahme erfolgt vorerst ohne Verleihung der Beamteneigenschaft, die aber späterhin auf der Stelle erlangt werden kann, jedoch nur in nicht etatsmäßiger Weise ohne Ruhegehaltsberechtigung; die Anmeldung hat bei der Großh. Steuer-Direktion Karlsruhe zu erfolgen.

Kleine Chronik.

Freiburg, 24. Juni. Ein bedauerliches Unglück ereignete sich, wie man erst nachträglich erfährt, am letzten Sonntag bei dem Ausflug der Harmoniegesellschaft nach St. Peter-Glotterthal. Einige Herren begleiteten die Gesellschaft per Rad, von denen Herr Fabrikant H. Strohm von hier abends 10 Uhr im Glotterthal mit einem Fuhrwerk zusammenstieß und sich dabei so schwer verletzte, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

w **Kiel, 24. Juni. Das Torpedoboot „S 42" wurde bei dem Elbfeuerschiff 4 durch einen englischen Dampfer überrannt und sank. Der Kommandant Kapitänleutnant Rosenstock von Rhöneck, der Obermaschinistenmaat März, der Maschinistenmaat Keilwagen und der Matrose Reimers werden vermißt.**

w **Hamburg, 24. Juni. Wie das „Hamburger Fremdenblatt" aus Kuxhaven meldet, ist das Schiff, welches das Torpedoboot überrannte, der englische Dampfer „Firsby". 14 Mann des gesunkenen Bootes wurden von der „Firsby", neun Mann, darunter Geheimerat Busley und vier Engländer, welche sich aus Anlaß der Wettfahrt Dover-Helgoland an Bord befanden, durch das Rettungsboot eines Leichters gerettet.**

w **Helgoland,** 24. Juni. Bei der Wettfahrt Dover-Helgoland ging als dritter die Yacht „Leander" gestern Abend 8 Uhr 50 Min. durchs Ziel.

Letzte Nachrichten.

w **Plön,** 24. Juni. Die Kaiserin ist heute Früh hier eingetroffen und von den Prinzen August Wilhelm und Oskar empfangen worden.

w **Kuxhaven,** 24. Juni. Der Kaiser ist heute Vormittag 9 Uhr 35 Min. hier eingetroffen.

w **Bern,** 24. Juni. Der Ständerat hat heute den neuen Zolltarif in der Schlußabstimmung mit 32 gegen 6 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

w **Belgrad,** 24. Juni. Wie den hiesigen Blättern aus Uesküb gemeldet wird, hat im Empfangssaale des russischen Konsulats ein entlassener Gendarm, der den Schutz des russischen Konsulats nachsuchte, den Chef der Gendarmerie des Vilajets Kossorow Dewisch Effendi, nach kurzem Wortwechsel erschossen.

w **Petersburg,** 24. Juni. Der „Regierungsbote" veröffentlicht einen Erlaß des Kaisers an den Minister für Volksaufklärung, welcher verschiedene Anordnungen über die Umgestaltung der Mittel- und Hochschulen enthält. Unter Anderem sollen in den Residenz- und Gouvernementsstädten bei den Mittelschulen allmählich Internate errichtet werden.

w **London,** 24. Juni. Seit frühestem Morgen durchziehen Scharen von Radfahrern und lange Reihen von Wagen mit Schaulustigen die via triumphalis. Um 6 Uhr morgens begann das Drängen schon außerordentlich zu werden. Die ganze Bevölkerung ist in festlicher Stimmung.

w **London, 24. Juni. Das Krönungsfest wurde wegen Unpäßlichkeit des Königs auf unbestimmte Zeit verschoben.**

Nach Schluß des Blattes eingetroffen.

w **London, 24. Juni. Nach einem amtlichen Bulletin leidet der König an Blinddarmentzündung, die sich gestern so verschlimmerte, daß der König sich heute einer Operation unterziehen mußte. Diese ist einem zweiten, nachmittags 2 Uhr ausgegebenen ärztlichen Berichte zufolge erfolgreich durchgeführt worden. Der große Absceß hat sich entleert. Der König überstand die Operation gut.**

Für die Redaktion verantwortlich: Felix v. Eckardt in Karlsruhe.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte Hamburg vom 24. Juni.

Während Ostpreußen von einer Depression bedeckt wird, bildet Mitteleuropa ein Gebiet hohen Druckes, der ein Maximum mit Barometerständen über 770 mm über der südlichen Nordsee aufweist. In Deutschland ist das Wetter im Westen veränderlich und trocken, im Osten trübe mit Niederschlägen. Die Temperaturverhältnisse sind wenig verändert. Fortdauer des herrschenden Witterungscharakters ist wahrscheinlich.

Wetter am Montag, den 23. Juni.

Hamburg, Metz ziemlich heiter, Swinemünde, Neufahrwasser, München nachts Regen, Münster nachmittags Regen, Breslau, Chemnitz meist bewölkt.

Ein neues Patent,

welches jede Hausfrau gewiß mit großer Freude begrüßen wird, ist der selbsteiserzeugende Eis- resp. Kühlschrank mit Nahrungsmittelkonservator. Die großen Vorteile desselben sind sofort einzusehen, man ist von dem Eislieferanten nicht mehr abhängig, die im Schrank herrschende Luft ist nicht mehr so dumpfig, sondern rein, die Speisen sind demnach nicht so leicht verderblich, zumal die Atmosphäre im Schrank-Innern, welche durch Kohlensäure getränkt wird, ein vorzügliches Konservierungsmittel ist. Von größter Bedeutung ist aber die Selbstbereitung von reinstem Rohels in wenigen Minuten, welche bei schnellem Eisgebrauch, sei es bei plötzlicher Krankheit 2c., den großen Wert erst recht erkennen läßt, zumal das gewonnene Eis rein resp. bakterienfrei ist. Auch Speiseels läßt sich event. in dem Eisschranke in wenigen Minuten herstellen, ohne Salz und Eis zu gebrauchen, durch Oeffnen des Ventils. Da das patentierte System höchst einfach ist und sich an jedem im Gebrauch befindlichen Eis- resp. Kühlschrank ohne hohe Kosten anbringen läßt, so wird diese praktische Neuheit in Anbetracht des eisarmen vergangenen Winters gewiß viel begehrt werden. Im Uebrigen sei auf das Inserat in heutiger Nummer verwiesen. 9286

Geboren.

Karlsruhe, 20. Juni. Elisabetha Karoline, V. Wilhelm Friedrich Münch, Heizer. — 21. Juni. Karl Friedrich, V. Karl Stroh, Schlosser.

Eheschließungen.

Karlsruhe, 24. Juni. Franz Bohnert von Offenburg, Küfer hier, mit Pauline Winkle von Mittelbrüden; Jakob Mayer von Oberacker, Wagenführer hier, mit Ernstine Schäfer von Wilferdingen; Georg Duval de Navarre von Neresheim, Elektrotechniker hier, mit Therese Hof von Oetisheim; Wilhelm Höß von Oberwasser, Dr. phil. Professor hier, mit Marie Stoebe von hier.

Gestorben.

Karlsruhe, 22. Juni. Irma, V. Jul. Volk, Kleidermacher, 1 M. 22 T.; Jakob Zorn, Taglöhner, 44 J. — 23. Juni. Hermann, V. Christian Nubel, Schmied, 5 M. 24 T.; Erwin, V. Friedrich Duttenhöfer, Bildhauer, 7 M. 27 T.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Todes-Anzeige.

Gestern abend entschlief sanft im 71. Lebensjahre nach längerem Leiden unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester und Tante

Frau Julie Altfelix, geb. Philipp,

Oberrechnungsrats-Witwe.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Lina Altfelix.
Dr. Gustav Altfelix, Oberbürgermeister.
Julie Altfelix, Schwester des Bad. Frauenvereins.
Meta Altfelix, geb. Eisen.

Karlsruhe, Lahr, den 24. Juni 1902.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 26. Juni, vormittags in Baden-Baden statt. 3736

(Obiges statt besonderer Anzeige.)

Wein-Versteigerung

zu Königsbach-Rheinpfalz
am Donnerstag den 3. Juli 1902, mittags 12½ Uhr,
im Kugler'schen Anwesen.

Infolge Ablebens der Miteigentümer des Kugler'schen Weingutes **Dr. Josef Kugler,** Rechtsanwalt in **Landau** und **J. B. Kugler,** Bankier in **Zürich** bringt **Theodor Kugler, Bankier** in **Zürich** namens der Erben ihre **selbstgezogenen und selbstgekelterten Weißweine ca. 68 Fuder 1893er, 95er, 96er, 97er, 98er, 99er und 1900er in Preislagen von M. 600.— bis zu Mk. 2500.— per 1000 Liter** öffentlich zur Versteigerung.

Probetage am 20. und 21. Juni und 3. Juli vor der Versteigerung.
Interessenten bietet sich Gelegenheit günstig einzukaufen.

Notar Crolly, Deidesheim. 9238

Das **2. Badische Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110** begeht am **22. u. 23. Oktober**

die Feier des 50jähr. Bestehens des Regiments.

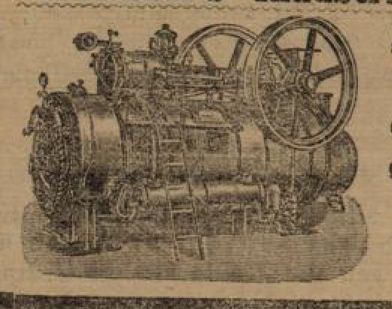
Alle Offiziere, Reserve-Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Beamte, welche dem Regiment seit dem Bestehen angehört haben und an der Feier teilzunehmen beabsichtigen, werden aufgefordert, ihre Adressen bis 15. Juli an das Geschäftszimmer des Regiments einzusenden.

Unteroffiziere und Mannschaften haben sich zum gleichen Zeitpunkt durch Einsendung des Militärpasses — Angehörige von Militär-Vereinen 2c. durch diese — anzumelden.

Weitere Bekanntmachungen werden später erfolgen.

Königl. Kommando des 2. Badischen Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm I. Nr. 110.
3650

Stockder's Industrie-Lokomobilen



von **10** bis **400** Pferdestärken sind in Bauart und Ausstattung **unübertroffen.**

Garantierte Vorteile:
Grosse Lebensdauer — höchste Leistungsfähigkeit
geringster Kohlenverbrauch.

I. Württbg. Lokomobilfabrik
Assmann & Stockder, G. m. b. H., **Cannstatt.** 8768

Alleinige Vertretung.

Grosser Verdienst

bei wenig Kapitalanlage, ev. 100—3000 Mk. u. mehr durch Erwerb der Licenz für Provinzen, Bezirke 2c. des fast in allen Kulturstaaten patentierten (Deutsches Patent Nr. 116529)

selbsteiserzeugenden Eisschrankes,

in welchem man im Eis- oder Wasserkasten in einigen Sekunden 20 und mehr Grad Kälte, in wenigen Minuten bei jeder Temperatur, selbst aus heißem Wasser, reinstes Roheis (auch Speiseeis) erzeugen kann. (Auch an Bierapparaten anzubringen.) Jeder gebrauchte Eisschrank läßt sich ohne große Kosten nach dem Patentsystem umarbeiten. Jetzt beste Zeit der Uebernahme. Fachkenntnisse nicht erforderlich. Kann auch als Nebengeschäft betrieben werden. Näheres unter **D. W. 312** an **Rudolf Mosse, Mannheim.** 9287

Edeltannen-Honig! mit Büchse fr. Nachnahme 10 Pfund 9 Mk. 5 „ 5 „ 50 Pf. unbedingt reinächt.
Imkerei Martinsen, Gernsbach i. B.
Für Kinder und Halsleidende der beste.
Aerztlich besonders empfohlen. 3349

Goldene Medaille. **Bruchleidenden** Paris 1896.

empfehle meine solid und dauerhaft gearbeiteten, Tag und Nacht tragbaren

Gürtelbruchbänder ohne Federn,

Leib- & Vorfallbinden. Für jeden Bruchschaden **Extraanfertigung.** Außerordentlich zahlreiche Anerkennungsschreiben. Kein Druck wie bei Federbändern. Mein Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in **Karlsruhe** Samstag 28. Juni 8—5 Uhr und Sonntag 29. Juni 11—2 Uhr, Hotel alte Post, Ecke Hebel- und Kreuzstraße. 7203

Bandagenfabrik L. Bogisch, Stuttgart, Ludwigstr. 75.

Weiße Parade-Anzüge für Knaben

nach Vorschrift der Kaiserlichen Marine, sowie **Kadett-** und **Marine-Moltong-Anzüge** mit Mützen, Abzeichen 2c. Ferner meine **Marine-Moltong-Cheviots und Serges.** 9173
Katalog und Proben zu Diensten. **Christian Voss, Kiel.**

Dem verehrl. reisenden Publikum mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich das

Hotel „Deutscher Hof" in Villingen

übernommen habe. — Es wird mein Bestreben sein, meine werten Gäste auf das beste zu bedienen und bitte ich um gefl. Zuspruch.
3413 Hochachtungsvoll **Arnold Zumkeller.**

Erste Salondampferfahrt

Karlsruhe Rheinhafen—Strassburg i. E.

und zurück

Sonntag, den 29. Juni d. J.

Abgang Karlsruhe-Rheinhafen vormittags 5½ Uhr,
„ Straßburg nachmittags 6 „

Vorzügliche, billige Restauration unter der Regie Karlsruher Firmen.

Konzertmusik.

Der Dampfer trifft bereits Samstag abend 4 Uhr bestimmt im Hafen ein.

Hin- und Rückfahrt: Preis 4 Mark.

Gesellschaften von mindestens 30 Personen erhalten Ermäßigung. Um eine Ueberfüllung zu vermeiden, werden Karten nur in beschränkter Zahl abgegeben.

Der Kartenverkauf findet statt in den Zigarrenhandlungen von **G. Schneider,** Kaiserstra e 122, **P. E. Küter,** Kaiserstraße 113, **E. Zschoch-Lacroix,** Kaiserstraße 229.

Straßenbahn ab Durlacher Thor: morgens 5 Uhr.

3690 **Die Unternehmer.**

9024

Aufruf.

Nach 2½ jährigem heldenhaften Ringen hat das tapfere Burenvolk den ihm gebotenen Frieden angenommen.

Die Konzentrationslager können nunmehr aufgelöst werden, die in St. Helena, auf Ceylon, in Indien, auf den Bermudas und in Portugal befindlichen Kriegsgefangenen in ihre Heimat zurückkehren. **Aber was wird mit den Deutschen unter diesen Gefangenen?** Für sie dürfte es ausgeschlossen sein, ihre frühere bürgerliche Thätigkeit in Südafrika wieder aufzunehmen. Vermutlich müssen sie zunächst nach Deutschland oder sonst nach Europa zurückkehren. Zwar hat der Herr Reichskanzler auf unser Ansuchen hin weitestgehende Fürsorge für die baldige Entlassung der deutschen Gefangenen zugesichert. Aber wohin auch England diese Männer entlassen mag, sie werden von Allem entblößt, erwerbslos und in jahrelanger Gefangenschaft geschwächt, fremden oder ihnen fremdgewordenen Verhältnissen gegenüberstehen! Wir werden es mit einem Notstande zu thun haben, zu dessen Linderung Reichsmittel voraussichtlich nicht verfügbar sind.

So wie der **Alldeutsche Verband** vor Jahresfrist sich mit Wort und That der aus Südafrika ausgewiesenen Volksgenossen erfolgreich angenommen hat, so hält er es auch jetzt für seine Aufgabe, hier zu helfen und das deutsche Volk zur Hilfeleistung aufzurufen.

Zwar verbleibt dem Alldeutschen Verbande aus seinen bisherigen Sammlungen im Betrage von mehr als ½ Million noch ein Rest. Jedoch ist dieser dem Willen der Spender nach zum weitaus größten Teile den Buren selbst, ihren Witwen und Waisen festgelegt, sodaß nur eine im Verhältnis zu den neuen Anforderungen gänzlich ungenügende Summe für die neue Aufgabe zur Verfügung bleiben würde. Darum müssen neue Mittel aufgebracht werden.

Den Männern, welche in die That umgesetzt haben, was Millionen Herzen im deutschen Volke empfanden, den Männern, welche Hab und Gut, Leib und Leben, die Freiheit zweier Lebensjahre für die gerechte Sache der Buren, für die Zukunft deutschen Volkstums in Südafrika in die Schanze geschlagen haben, den Männern zu helfen, ist eine Ehrenpflicht deutscher Volkstreue. Möge auch diese Treue sich in neuen, reichen Thaten werkthätiger Liebe äußern!

Wir erbitten also zu diesem Zweck schleunigste Gewährung beträchtlichster Mittel für unsere bisherige Sammlung und werden annehmen, daß die Spender uns sachgemäße Verwendung derselben überlassen, soweit sie nicht besondere Bestimmungen treffen.

Berlin W. 35, am 10. Juni 1902.
Lützow-Straße 85 B.

Die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes
Dr. Hasse.

Gaben werden an die Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes z. H. des Herrn H. B. Fischer, Berlin W. 35, Lützow-Straße 85 B, oder an die Sammelstellen der Ortsgruppen des Alldeutschen Verbandes, erbeten, aber auch von der Expedition dieser Zeitung zur Abführung an die vorerwähnte Geschäftsstelle entgegengenommen.

Zu verkaufen

in einer kleinen, industriellen Ortschaft der Ostschweiz, 5 Minuten vom Bahnhof entfernt,

eine kleinere Parquetterie & Möbelfabrik

mit **Sägewerk, modernen, gut erhaltenen Maschinen, Trockenkammern; Dampf- und Wasserkraft.** — Das ganze Gebäude ist sehr solide gebaut, enthält eine Wohnung für Eigentümer oder Aufseher; daneben ein Haus, frisch repariert, mit Magazin für fertige und halbfertige Möbel und Wohnung.

Verkaufsbedingungen sehr vorteilhaft, die ganze Anlage eignet sich **vorzüglich für eine junge, tüchtige Kraft;** könnte auch für andere Industrie eingerichtet werden. — Offerten sub Chiffre **Z. K. 685** an die Annoncen-Expedition **Rudolf Mosse, Zürich.** 8299

Die

Michaelismesse zu Leipzig

beginnt für Gross- und Kleinhandel

Sonntag, den 31. August,

und endet

Sonntag, den 21. September.

Die **Ledermesse** wird erst

Mittwoch, den 17. September,

eröffnet und die **Messbörse** für die **Lederindustrie an demselben Tage, nachmittags 5—7 Uhr,** im grossen Saale der neuen Börse am Blücherplatze hier abgehalten. 12180

Leipzig, den 9. Juni 1902.

Der Rat der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin

Wilh. Walz,
Civilingenieur,
Karlsruhe,
übernimmt
den Entwurf u. die Bauleitung
zu 1062
Dampf- & Wasserkraftanlagen,
fertigt
technische Gutachten
und vollzieht die
Schätzung maschineller Fabrikbetriebe.

Gemischtes Warengeschäft mit zweistöckigem Wohnhaus und Garten.

In einem ca. 3300 Einwohner zählenden Industriestädtchen im bad. Schwarzwald ist ein seit ca. 36 Jahren besteh., gemischtes Warengeschäft mit langjähr. und treuer Kundschaft wegen vorgerücktem Alter der alleinstehenden Besitzerin zum Preis von Mk. 28,000.— ohne die Warenbestände, gegen eine Anzahlung von Mk. 12,000.— zu verkaufen und entweder sogleich od. später zu übernehmen. — Das Warenlager aus nur couranten, alltäglich verkäuflichen Artikeln bestehend, wird dem Käufer je nach Wahl unter sehr günstigen Zahlungsbedingungen überlassen. — Das zweistöckige Wohngebäude in vornehmster Geschäftslage enthält eine geräumige trockene Kellerung, im Parterre einen ziemlich großen Laden mit anstoßender, aus 3 ineinander gehenden hellen und luftigen Zimmern bestehenden Wohnung und Küche mit Hochdruckwasserleitung. Im 2. Stock zwei Wohnungen mit je 2 Zimmern und Küche. — Nach der Rückseite des Hauses einen ca. 4 **ar** umfassenden Berggarten. — Selbstkäufer erhalten detaillierte Auskunft durch das **Südd. Geschäfts- und Hypotheken-Vermittlungs-Institut Stuttgart,** Moltkestraße 20. 8799

Reparaturen

an 3470

Fahrrädern

werden sorgfältig und schnellstens ausgeführt von

Alwin Vater
Zirkel 32, Teleph. 1451.
— Abholung auf Wunsch. —
Neue Pneumatics
billigst mit Garantie.

Hunde-Seife „Pionier"

(gesetzl. gesch.) **reinigt durch einmalige Waschung das Fell gründlich, entfernt sofort d. Schweissgeruch und jegliches Ungeziefer. Stück M. 1.—. Nur in Berlin bei Franz Schwarzlose, Leipzigerstr. 56** (Colonnaden).
Unentbehrlich! 8081

Familienverhältnisse halber ist eine hochrentable, in flottem Betrieb stehende

Möbelfabrik

auf dem Lande zu verkaufen. Nötiges Kapital 150 000 M. Liebhaber wollen sich unter **S. A. 2264** an **Rudolf Mosse in Stuttgart** wenden. 9272

Neu! **Pomos** Neu!
Apfelwein Champagner
¼ Flasche 50 ₰, ½ Flasche 30 ₰
Versandt nur gegen Nachnahme
C. Hildebrandt & Co.
NÜRNBERG. 8780

Reiche Heirat vermitt. Frau **Margarete Bornstein,** Berlin, Weißenburgerstr. 82 Rückp. 9281

Kautschukstempel jeder Art liefert schnell und billig
Wiederverkäufer überall gesucht
Stempelfabrik Badenia
Karlsruhe i/B., Schützenstr. 14.
1488

Photograph. Apparate

für Platten u. Films, sow. all. Zubehör.

Alb. Glock & Cie.,

gegründet 1861.
Karlsruhe ● Kaiserstrasse 89,
Telephon 51.
Annahme von Aufträgen:
Kaiserstr. 124 b. 2869

Zur Durchführung von Moratoriums, Vergleichen, Bücher-Revisionen 2c.
halten sich bestens empfohlen
GEBR. WINNEWISSER,
Geschäftsführer der Auskunftei Bürgel,
Kaiserstraße 191. Telefon 1268.
3653

Beamter

im Staatsdienst, pensionsberechtigt, Ende 30 Jahre, evangel., mit einigem Vermögen (Wohnsitz Schwarzwald), sucht, weil ihm passende Damenbekanntschaft fehlt, mit häuslich erzogenem Fräulein, evangel., mit entsprech. Vermögen, womöglich nicht unter 30 Jahre, welche in Küche und Haushalt in jeder Beziehung vorzügl. leistet und sich ein gemütl. Heim wünscht, behufs Verehelichung in Verbindung zu treten. Fräulein, oder deren Angehörige, welche diesem aufrichtigen Gesuch näher treten wollen, werden geb., gefl. Schreiben m. wahrheitsgetr. Schilderung ihrer Verhältnisse m. Photographie unt. **„1902"** an die Annoncen-Expedition **Rudolf Mosse, Karlsruhe,** einzusenden.

Verschwiegenheit wird verlangt und zugesichert.

Vermittler verbeten. 9290

100% Verdienst

Ueberall sofort lohnende, einfache Fabrikation tägl. Massenartikel, wozu wenig Kapital und keine Fachkenntnisse erforderlich sind. Viele Anerkennungen. Anfragen an **Heinr. Heinen, Broich b. Mülheim-Ruhr.** (Rückmarke.) 9285

Geld diskret giebt Selbstgeber **Kleusch, Berlin,** Brunnenstr. 11. 9252

Hotel-Restaurant,

gut gehend, in Garnisonstadt Lothringens, wegen Krankheit des Besitzers sofort abzugeben. Erforderliches Kapital 8—10 000 Mark. Gefl. Offerten sub **F. 5 M. 4056** an **Rudolf Mosse, Metz.** 9284

Bei einem Arzte in schön gelegenem Schwarzwaldstädtchen (Bahnstat.) finden Erholungsbedürftige während der Sommermonate Aufnahme bei voller Pension. Näheres durch die Exped. ds. Bl. unter Nr. 3708.

Vertreter gesucht.

Eine leistungsfähige Verbandstofffabrik sucht für den hiesigen Platz und Umgebung einen repräsentationsfähigen Vertreter, welcher mit Apotheken und Drogerien in Verbindung steht, gegen hohe Provision. Gefl. Offerten unter **S. N. 2276** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.** 9271

Jüngerer Techniker,

gelernter Zimmermann, mit 3 Klassen Baugewerkeschule, **sucht Stellung.**
Offerten beliebe man in der Exped. ds. Bl. abzugeben unter Nr. 7209.

Schriftsetzerlehrling

mit guter Schulbildung kann gegen alsbaldige Vergütung sofort eintreten in der Buchdruckerei der Badischen Landeszeitung, Hirschstraße 9.

Lahr in Baden. Hochstraße 23.

Kleines Pensionat für Schulkinder

in hoher, freier Lage mit großem Garten und Spielplatz. Sehr gute, höhere Töchterschule in der Stadt. Nur 4 bis 6 Zöglinge. Sorgfältige Pflege und Erziehung. Beaufsichtigung der Schularbeiten. Mäßige Bedingungen. Gute Empfehlungen. Prospekte durch die Vorsteherin: Fräulein **Cathiau.**

A. Kühling

in Amerika approb. Zahnarzt 2195
124a Kaiserstr. 124a.
Sprechstunden: Vorm. 8—12 Uhr, Nachm. 2—6 Uhr,
Sonntags: Vorm. ½10—12 Uhr.

Verantwortlich für Reklamen und Inserate: Georg Biz in Karlsruhe.

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg